

## REFORM DER SCHULBILDUNG

Die sozialdemokratischen Regierungen Eisner und Hofmann gingen nach der Revolution 1918/1919 sofort daran, das bayerische Volksschulwesen zu reformieren. Ihr wichtigstes Anliegen war die Trennung von Schule und Kirche. Sie schafften die geistliche Aufsicht über das Schulwesen und die Lehrerbildung ebenso ab wie den obligatorischen Religionsunterricht. Die Eltern konnten selbst entscheiden, ob ihr Kind eine Bekenntnis- oder eine gemischt-konfessionelle Schule besuchen sollte.

## MODERNE AUSBILDUNG FÜR LEHRER

1955 brachte die Viererkoalition unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner ein neues Lehrerbildungsgesetz auf den Weg. Volksschullehrer sollten nicht mehr in konfessionellen Einrichtungen, sondern an Hochschulen ausgebildet werden. Dies war in anderen Bundesländern bereits üblich. Dagegen leisteten die CSU und die Kirchen erbitterten Widerstand, da sie durch diese Reform auch die konfessionellen Bekenntnisschulen gefährdet sahen. Nach langen Verhandlungen zwischen den Parteien wurde erst 1958 – inzwischen wieder unter der CSU-Regierung – ein Kompromiss gefunden. Die Ausbildung wurde an Pädagogische Hochschulen verlagert.

# BILDUNG II



Das Volksschullehrergesetz sah vor, dass alle Lehrkräfte die gleiche Bezahlung erhalten sollten, Frauen und Männer ebenso wie die Lehrkräfte auf dem Land und in der Stadt. Für öffentliche Schulen sollte kein Schulgeld mehr erhoben werden.

Im stark konfessionell geprägten Bayern stieß diese Politik auf großen Widerstand. Nach der Regierungsübernahme durch die Bayerische Volkspartei 1920 nahm diese die Reformen wieder zurück und setzte wieder die Bekenntnisschulen durch.



Unterschriftensammlung durch Hildegard Hamann-Brücher und Volkmar Gabert für das Volksbegehren

## VOLKSBEGEHREN GEMEINSCHAFTS-SCHULE

In Bayern gingen bis Mitte der 1960er Jahre die meisten Schülerinnen und Schüler in Konfessionsschulen, was zu einer starken Zersplitterung der Volksschulen führte.

1964 wurden noch in einem Viertel der Volksschulen alle acht Jahrgänge in einer einzigen Klasse unterrichtet. Die Opposition drängte daher auf eine Schulreform. Sie forderte Gemeinschaftsschulen für alle Kinder unabhängig von der Konfession sowie die Zusammenlegung von Zwergschulen zu sogenannten Mittelpunktschulen.

Nachdem der Gesetzentwurf der SPD im Landtag am 17. April 1967 gescheitert war, startete sie zusammen mit der FDP und der Bayernpartei ein Volksbegehren. Es kam zu Verhandlungen mit der CSU, in denen die SPD ihre Forderungen weitgehend durchsetzen konnte. Das Verhandlungsergebnis wurde im Volksentscheid vom 7. Juli 1968 mit großer Mehrheit angenommen.

## DIE EINZIGE GESAMTSCHULE BAYERNS

Die Städtische Willy-Brandt-Gesamtschule München im Münchner Norden ist neben der Staatlichen Gesamtschule Hoffeld in Oberfranken die einzige



Gesamtschule in ganz Bayern. Nachdem der Münchner Stadtrat im Februar 1970 auf Antrag der SPD-Fraktion die Errichtung einer integrierten Gesamtschule in München beschlossen hatte, konnte sie zu Beginn des Schuljahres 1970/71 den Lehrbetrieb aufnehmen. Die Schule war lange Jahre ein Schulversuch, seit 1994 ist sie als »Schule besonderer Art« im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankert. Die Kinder werden hier in der 5. Klasse nicht aufgeteilt, sondern lernen in einer Ganztagschule zusammen. In der höheren Klassen wird nach Abschlüssen differenziert.

## BILDUNG DARF NICHT VOM GELDBEUTEL DER ELTERN ABHÄNGEN

2005 führte die CSU-Mehrheit in Bayern ein Büchergeld ein. Eltern mussten 20 Euro für jeden Grundschüler und 40 Euro für Kinder an weiterführenden Schulen bezahlen. Dagegen gab es heftigen Protest der Opposition in Verbindung mit zahlreichen Verbänden und Gemeinden, der zwei Jahre später Erfolg hatte. Am 20.9.2007 brachte die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf zur sofortigen Abschaffung des Büchergelds ein. Es wurde kurz darauf ausgesetzt und im Sommer 2008 offiziell wieder abgeschafft.



## MEHR ZEIT ZUM LERNEN

Ganztagschulen gehören seit langem zu den Forderungen sozialdemokratischer Politik. Sie schaffen größere Chancengleichheit und ermöglichen Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als die rot-grüne Bundesregierung 2005 Mittel für Ganztagschulen zur Verfügung stellte, erreichte die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag eine Mehrheit für ihren Antrag, »flächendeckend in Bayern ein Ganztagesangebot für all jene Schülerinnen und Schüler einzuführen, wo Eltern und Kinder dies wünschen«. Bis dahin hatten CSU und Staatsregierung dies stets abgelehnt. Außerdem fordern die bayerischen Sozialdemokraten eine längere gemeinsame Schulzeit. Im bayerischen gegliederten Schulsystem werden vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien benachteiligt.

